

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/768**

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: VI 525 - 0256.16.6
Meine Nachricht vom:

Bodo Seewald
bodo.seewald@fimi.landsh.de
Telefon: 0431 988-2937
Telefax: 0431 988-6162937

Nachrichtlich:
Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

7. Mai 2006

**Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur
Landeshaushaltsrechnung 2003**

**- Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 22.11.2005,
Drucksache 16/355, Nummer 18 - Personalmanagement- und Informationssystem
PERMIS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Finanzausschuss hat das Finanzministerium in dem o. g. Bericht aufgefordert, ihm den Fortschrittsbericht zum Projekt „Kooperation Personaldienste SH / FHH“ im Mai 2006 vorzulegen.

Die Ihnen mit Umdruck 16/0271 im Entwurf vorgelegte Projekteinsatzungsverfügung ist am 31. Oktober 2005 von Staatsrat Dr. Schön und Staatssekretär Schlie unterzeichnet worden. Das Projekt hat zum Ziel, mit externer methodischer Unterstützung eine ergebnisoffene Hauptuntersuchung zu folgenden Prüfungsthemen durchzuführen:

- Gemeinsame Einrichtung
- Alternative Kooperationen unterhalb einer gemeinsamen Einrichtung
- Einheitliche Verfahren auf der Basis eines Vergleichs unter Berücksichtigung unterschiedlicher Organisationsstrukturen.

Eine Kooperation soll alle Möglichkeiten einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung ausschöpfen, aber keinen Selbstzweck bilden.

Damit zielt der Untersuchungsauftrag auf den Gesamtkomplex von Aufgaben, Organisation und IT der zentralen Personaldienste beider Länder. Dies umfasst alle unterstützenden Personalmanagementaufgaben (inkl. umfassender IT-Unterstützung aller Personalprozesse sowie Durchführung von zentraler Bezügeabrechnung, Beihilfe, Versorgung, Ruhegeld, Pfändungen und Familienkasse). Die Analyse soll auch die bereits absehbare Konkurrenzsituation gegenüber anderen Anbietern von personalwirtschaftlichen IT-Dienstleistungen berücksichtigen. Die Untersuchung soll darlegen, ob durch die Kooperation mittelfristig die Innovationskraft für personalwirtschaftliche Dienstleistungen erhöht und damit die Effizienz der Personalprozesse der beiden Länder insgesamt gesteigert werden kann.

Das Projekt wurde am 17. und 18. November 2005 durch eine gemeinsame Auftaktveranstaltung gestartet. Im Rahmen dieser Veranstaltung hat die Lenkungsgruppe erste Beschlüsse gefasst und den Auftrag aus der Projekteinsatzungsverfügung konkretisiert. Sie hat hierzu Leitsätze formuliert. Danach sind zuerst Möglichkeiten für den Einsatz gemeinsamer IT-Systeme zu untersuchen, gemeinsame organisatorische Lösungen folgen als zweiter Schritt. Es wird dabei ein positives Verhältnis von Kosten und Nutzen erwartet. Folgende Aufgabenfelder aus dem Bereich des Personalmanagements (PM) sollen durch das Projekt betrachtet werden:

- Bezüge inkl. Nachversicherung und Pfändung
- Versorgung inkl. Versorgungsausgleich und Pfändung
- Familienkasse
- Beihilfe
- Abwesenheitsverwaltung
- Zeitwirtschaft
- Dienstpostenverwaltung
- Stellenbewirtschaftung
- Bewerberverwaltung
- Personalverwaltung
- Personalbedarfsplanung
- Personalentwicklung / Fortbildung
- Personalkostenbudgetierung
- Personalcontrolling
- Umzugskosten
- Travelmanagement
- Heilfürsorge
- Dienstatunfallfürsorge
- Trennungsgeld

Das Projekt ist sehr umfangreich und arbeitsintensiv und bedarf einer gründlichen Abstimmung zwischen beiden Ländern. Beide Länder sind trotz des erheblichen Arbeitsaufwandes übereingekommen, durch straffe Projektführung und zügige Abarbeitung der Arbeitsaufträge das Projekt im September 2006 mit einer gemeinsamen Entscheidungsempfehlung abzuschließen.

Es ist beschlossen worden, schon vor September 2006 in kleineren Aufgabenfeldern Vereinbarungen abzuschließen, ohne das Projektziel zu gefährden. Hier soll insbesondere die

IT-Unterstützung für die Bereiche Beihilfe, Zeitwirtschaft, Fortbildung und Travelmanagement betrachtet werden. Für den Bereich der Beihilfe liegt bereits die Empfehlung von Projekt- und Lenkungsgruppe vor, das Beihilfeprogramm (PERMIS-Beihilfe) aus Schleswig-Holstein (SH) auch in der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) einzuführen und gemeinsam zu pflegen und weiter zu entwickeln. Allein für diesen Bereich werden jährliche Einsparungen von ca. 70 T€ im IT-Haushalt des Landes ab 2008 erwartet. Für die anderen aufgeführten Bereiche ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei den **Durchführungsaufgaben (Umzugskosten, Trennungsgeld, Nachversicherung, Pfändungen, Versorgungsausgleich)** sollen ebenfalls vor dem 30. September 2006 geprüft werden. Diese Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zurzeit wird an einem Anforderungskatalog für die IT-Unterstützung des PM gearbeitet. Anhand dieses Anforderungskataloges werden die in den beiden Ländern vorhandenen und weitere Fremdprodukte geprüft. Erst nach detaillierten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen kann eine Entscheidungsempfehlung vorbereitet werden.

Neben diesen Aktivitäten hat sich die Projektgruppe über den aktuellen Stand der IT-Lösungen für das PM in ausgewählten Ländern vor Ort informiert. Dazu wurden im Zeitraum vom 14. bis zum 16. März Informationsveranstaltungen beim

- Niedersächsischen Landesamt für Besoldung und Versorgung in Hannover,
- HKM-Projektbüro SAP HR/LUSD des Hessischen Kultusministeriums in Marburg
- Bayerischen Staatsministerium der Finanzen in München

durchgeführt. Grundlage der Informationsreise war ein umfangreicher Fragenkatalog. In den Ländern ist folgende Entwicklung festzustellen:

Niedersachsen:

Niedersachsen arbeitet zurzeit an der Einführung eines einheitlichen IT-Verfahrens für die Personalverwaltung (PMV) für alle Ressorts (vergleichbar mit PERMIS-Verwaltung). Der Zuschlag für das **IT-Verfahren P&I PLUS** der Personal & Informatik AG (P&I) wurde im Juli 2002 erteilt. Im August 2002 begann die Projektarbeit zur Vorbereitung der Einführung. Im Oktober 2004 wurden die ersten Schritte zur Pilotierung im Polizeibereich unternommen. Weitere Verwaltungsbereiche sollen folgen.

Mit dem Projekt werden keine Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation verfolgt. Das PMV wird in Niedersachsen künftig das führende IT-Verfahren sein. Als Bezügeverfahren wird weiterhin das **IT-Verfahren KIDICAP** (vergleichbar mit PERMIS-Abrechnung) genutzt.

Hessen:

Die Einführung des IT-gestützten Personalmanagements mit **SAP HR** (ENVS HR^{*)}) ist eine der Maßnahmen des Landes Hessen im Rahmen der „Neuen Verwaltungssteuerung“ (NVS). ENVS HR ist insbesondere gekennzeichnet durch ein einheitliches Landesreferenzmodell, das sämtliche Personalprozesse abbilden kann, und den Einsatz verschiedener Komponenten der Standardsoftware SAP R/3 HR.

Das Projekt wurde auf sechs Jahre für den Zeitraum November 2000 bis Dezember 2006 angelegt. Das ENVS HR ist in Hessen das führende IT-Verfahren. Es besteht eine Schnittstelle zur Kosten- und Leistungsrechnung sowie zu den ressourcensteuernden Ver-

^{*)} Einführung Neue Verwaltungssteuerung Human Resources

fahren (Produkthaushalt). Das Projekt in Hessen wird durch eine Beraterfirma intensiv betreut.

Bayern:

Mit dem Projekt VIVA (Vollintegriertes Verfahren komplexer Anwendungen) auf Basis von **SAP HR** sollen die Bereiche

- "Personal- und Stellenverwaltung" (PSV) mit den Komponenten Personaladministration, Stellenwirtschaft und Organisationsmanagement, Beurteilungs-, Aus- und Fortbildungsverfahren und Bewerber- und Prüfungsverfahren
- "Bezügeabrechnung" (BEZ) mit den Bereichen Personaladministration und Personalabrechnung
- "Kosten- und Leistungsrechnung inkl. Anlagenbuchhaltung" (KLR) mit Integration zu den beiden o. g. Bereichen

mit der Einführung eines integrierten Softwaresystems unterstützt und künftig alle Altverfahren abgelöst werden.

Mit dem Projekt VIVA wird die Bezügeabrechnung in ganz Bayern und das PSV nur im Finanzministerium eingeführt. Ein Nachfolgeprojekt soll die Einführung des PSV in der gesamten staatlichen Verwaltung in Bayern sicherstellen. Zeitliches Ziel der Staatsregierung ist es, bis spätestens Mitte 2009 flächendeckend bei allen Dienststellen des Freistaates Bayern das Verfahren VIVA-PLUS zum Einsatz zu bringen.

Die Bewertung der Ergebnisse der Informationsreise ist noch nicht abgeschlossen, jedoch bestätigen die bisherigen Erkenntnisse die Vorgehensweise in dem Kooperationsprojekt mit der FHH. Das weitere Vorgehen im Projekt ist aus dem beigefügten Projektplan ersichtlich.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Dr. Arne Wulff
Staatssekretär

	Projektplanung: Kooperation Personaldienste SH und FHH	
	Arbeitspaket	Termin
Vorphase und Beratungsaufträge		
Projekteinsetzung		
a	Vorbereitung	
b	Ressourcen	
c	Vertragsabschluss SMC	
Strategieworkshop		
a	Vorbereitung	
b	Durchführung	
c	Dokumentation	
Methoden zur Ermittlung optimaler Betriebsgrößen		
Voraussetzungen einer WiBe für ein PMS		
Informationsveranstaltungen		Mrz. 06
Teilprojekt Beihilfe		
	Kurzbeschreibung Organisation und IT-Verfahren HH und SH; Mengengerüste, Kosten usw.	
	Anforderungen gemeinsames Beihilfeverfahren HH/SH, KO-Kriterien und Bewertungskriterien	
	Bewertung des Verfahrens PERMIS B anhand der Anforderungen und Bewertungskriterien	
	Abhängig vom Ergebnis der Bewertung PERMIS B evtl. Prüfung und Bewertung eines weiteren Verfahrens (z.B. SAMBA aus Niedersachsen)	
	Erarbeitung und Vorlage eines Entscheidungsvorschlags organisatorische Grundlagen und Konsequenzen	
a	Mengengerüst	
b	technische Leitstellen	
c	fachliche Leitstellen	
d	Rechenzentrum	
e	Durchführungsaufgaben	
Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe)		
a	Ist-Kostenermittlung (Struktur)	
b	Vorgabe Struktur Sollkosten	
c	Durchführung WiBe	
d	Nutzenbewertung	
e	Abschätzung Migrationsaufwand	
rechtliche Bewertung		
Projektgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt		Apr. 06
Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt		Mai. 06

	Arbeitspaket	Termin
Hauptprojekt IT-Unterstützung der Personalmanagementaufgaben		
	Ist-Aufnahme Organisation und IT-Verfahren HH und SH, Mengengerüst usw.	
	Aufnahme der zukünftigen Anforderungen, Bildung eines gemeinsamen Verständnisses, Bewertungs- und KO-Kriterien	
	Aufnahme und Bewertung der IT-Strategie in den beiden Ländern	
	Begutachtung der denkbaren PMS-Verfahren (in enger Zusammenarbeit mit der Projektgruppe)	
	Bewertung der IT-Unterstützung PMS	
	Erarbeitung und Vorlage eines Entscheidungsvorschlags für die Projektgruppe	
	organisatorische Grundlagen und Konsequenzen	
a	Mengengerüst	
b	technische Leitstellen	
c	fachliche Leitstellen	
d	Rechenzentrum	
e	Durchführungsaufgaben	
	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe)	
a	Ist-Kostenermittlung (Struktur)	
b	Vorgabe Struktur Sollkosten	
c	Durchführung WiBe	
d	Nutzenbewertung	
e	Abschätzung Migrationsaufwand	
	rechtliche Bewertung	
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Hauptprojekt	März 06 + Mai 06 + Juli 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Hauptprojekt	April 06 + Mai 06 + Juli 06, usw.
Teilprojekt Zeitwirtschaft		
	Aufnahme der Anforderungen von SH	
	Abgleich der Lösungen	
	Entscheidung über Kooperation	
	Entwicklung Vorgehensmodell	
	organisatorische Grundlagen und Konsequenzen	
a	Mengengerüst	
b	technische Leitstellen	
c	fachliche Leitstellen	
d	Rechenzentrum	
e	Durchführungsaufgaben	
	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe)	
a	Ist-Kostenermittlung (Struktur)	
b	Vorgabe Struktur Sollkosten	

	Arbeitspaket	Termin
c	Durchführung WiBe	
d	Nutzenbewertung	
e	Abschätzung Migrationsaufwand	
	rechtliche Bewertung	
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	März 06 + Mai 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	April 06 + Mai 06
Teilprojekt Travelmanagement		
	Aufnahme der Anforderungen von SH	
	Abgleich der Lösungen	
	Entscheidung über Kooperation	
	Entwicklung Vorgehensmodell	
	organisatorische Grundlagen und Konsequenzen	
a	Mengengerüst	
b	technische Leitstellen	
c	fachliche Leitstellen	
d	Rechenzentrum	
e	Durchführungsaufgaben	
	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe)	
a	Ist-Kostenermittlung (Struktur)	
b	Vorgabe Struktur Sollkosten	
c	Durchführung WiBe	
d	Nutzenbewertung	
e	Abschätzung Migrationsaufwand	
	rechtliche Bewertung	
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	Mai. 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	Mai. 06
Teilprojekt Fortbildungsbearbeitung		
	Aufnahme der Anforderungen von SH	
	Abgleich der Lösungen	
	Entscheidung über Kooperation	
	Entwicklung Vorgehensmodell	
	organisatorische Grundlagen und Konsequenzen	
a	Mengengerüst	
b	technische Leitstellen	
c	fachliche Leitstellen	
d	Rechenzentrum	
e	Durchführungsaufgaben	
	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe)	
a	Ist-Kostenermittlung (Struktur)	
b	Vorgabe Struktur Sollkosten	
c	Durchführung WiBe	
d	Nutzenbewertung	

	Arbeitspaket	Termin
e	Abschätzung Migrationsaufwand	
	rechtliche Bewertung	
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	Mai. 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	Mai. 06
Spezialaufgaben		
	Trennungsgeld	
a	Ist-Aufnahme	
b	Soll-Konzept (nur organisatorisch)	
	Umzugskosten	
a	Ist-Aufnahme	
b	Soll-Konzept (nur organisatorisch)	
	Versorgungsausgleich	
a	Ist-Aufnahme	
b	Soll-Konzept	
	Nachversicherung	
a	Ist-Aufnahme	
b	Soll-Konzept (nur organisatorisch)	
	Pfändungen	
a	Ist-Aufnahme	
b	Soll-Konzept (IT und Organisation)	
	sonstige Spezialaufgaben	
a	Ist-Aufnahme	
b	Soll-Konzept (nur organisatorisch)	
	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe)	
a	Ist-Kostenermittlung (Struktur)	
b	Vorgabe Struktur Sollkosten	
c	Durchführung WiBe	
d	Nutzenbewertung	
e	Abschätzung Migrationsaufwand	
	rechtliche Bewertung	
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	März 06 + Mai 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekt	Mai. 06
Abschlusserstellung		
	Entscheidungsempfehlung an LG	
a	-zur gemeinsamen IT	
b	-zur Soll-Organisation	
c	-Bewertung Gesamt- und Einzelwirtschaftlichkeit	
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekte	Jul. 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Teilprojekte	Jul. 06
	Projektabschlussbericht	Sep. 06
	Projektgruppensitzung: Ergebnis Projekt	Sep. 06
	Lenkungsgruppensitzung: Ergebnis Projekt	Sep. 06